

Der Bundesparteitag
Der Landesparteitag
Die KDV möge beschließen
Der PSE-Fraktion des Europaparlaments vorab zur Kenntnisnahme

Die SPD muss wieder Motor einer neuen europäischen Friedens-, Sicherheits- und Entspannungspolitik werden

Der SPD- Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratische Fraktion des EU-Parlaments werden aufgefordert:

- **sich dafür einzusetzen, dass Europa bis zum Ural ein nuklearwaffenfreier Kontinent wird.** Deutschland muss als starkes Nato-Mitglied eine Vorbildrolle einnehmen und auf den Abzug aller US-Atomwaffen von deutschem Territorium bestehen, so dass Italien, Belgien und die Niederlande diesem Beispiel folgen können. **Die sog. „nukleare Teilhabe“ ist somit aufzukündigen**, denn sie ist ein Relikt des kalten Kriegs und für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Friedenspolitik ein ungeeignetes Instrument. Ziel ist es ein „Euroshima“ (begrenzte Auseinandersetzung zwischen USA und Russland auf dem Territorium von Deutschland, Italien, den Niederlanden, Belgien und dem Kaliningrader Gebiet) sowie eine nukleare Katastrophe aufgrund von technischen Pannen bei den Waffensystemen bzw. der militärischen Kommunikation) zu verhindern. Der Abzug der US-Atomwaffen aus Europa ist auch deshalb dringend angesagt, da die USA unter ihrem Präsidenten Donald Trump sich als sehr unberechenbarer Partner erweisen, wie z.B. durch die einseitige Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran, die Kündigung des INF-Vertrags mit Russland, der Androhung der Aufkündigung des „Open Skies“ Abrüstungsvertrags, dem Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen und willkürliche Androhung vom Teilabzug bzw. Verlagerung von US Truppen aus Deutschland usw.
- **sich dafür einzusetzen, dass Deutschland die europäische Friedens-, Sicherheits- und Entspannungspolitik stärkt und neu ausrichtet.** Es bedarf dazu eines neues europäisches Sicherheitskonzept vergleichbar dem Konzept der Entspannungspolitik „Wandel durch Annäherung“ von Egon Bahr und Willy Brandt zu entwickeln. Dabei sind auch die Sozialdemokratischen Parteien Europas, die nicht der NATO angehören (EU Mitglieder Irland, Österreich, Schweden, Finnland, Malta) sowie die Sozialdemokratische Partei der Schweiz einzubeziehen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Unterstützung der „Stockholm-Initiative“ der neutralen Staaten Schweden und Finnland für ein weltweites Verbot von Atomwaffen durch Außenminister Heiko Maas.

Das Potential des Europarates muss neu in den Mittelpunkt gestellt und für den gesamteuropäischen Dialog genutzt werden.

- sich für eine **Reform der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU einzusetzen. Ziel ist die Stärkung der Mitwirkungsrechte durch das Europarlament.** Die Sicherheitspolitik darf nicht in nationaler Hand belassen, sondern muss weiter europäisiert werden. Neben einer gemeinsamen EU-Abrüstungspolitik sollte die Schaffung einer europäischen Armee hier ein zentrales Projekt sein. Die USA haben in den letzten Jahren immer mehr ihre internationale Führungsrolle abgegeben. Dieses Vakuum birgt nicht nur die Gefahr, dass autoritäre Player sie füllen – sondern auch Chance und Herausforderung für Europa, die transatlantische Partnerschaft wieder auf ein verlässliches Fundament zu stellen und gemeinsam mit den USA international Verantwortung zu übernehmen, indem beide Partner glaubwürdig international Menschenrechte und freiheitlich-demokratische Grundwerte verteidigen, im Einvernehmen mit den Vereinten Nationen. Dabei muss die EU jedoch geschlossen auftreten und es darf keinen Zweifel geben, wofür wir stehen: Für den Frieden in der Welt.

- **einen intensiveren Dialog mit den östlichen Nachbarn der EU** auch auf Ebene der Parlamente, der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen insbesondere von Jugendgruppen, Studenten, Friedensbewegung und Wirtschaftsverbänden zu ermöglichen. Dazu gehört auch, sich bei der EU für bilaterale Erleichterungen der Reise- und Visabestimmungen zwischen der EU und Russland (einschließlich der Exklave Kaliningrad) zur Förderung der Begegnungen und des Dialogs von Deutschen bzw. EU Bürgern und Russen einzusetzen und auch eine Teilnahme von russischen Regionen an EU Programmen, z.B. Erasmus+ zur interregionalen Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Dementsprechend sind auch Verkehrsverbindungen zu schaffen. Nach dem Vorbild der neuen Hochgeschwindigkeitsstrecke ALLEGRO, die Helsinki mit dem Stadtzentrum von St. Petersburg in nur 3,5 Stunden verbindet, sollten die SPD Abgeordneten aus Berlin und dem Bund, sowie der SPE auch für eine Direktverbindung, Modernisierung und Elektrifizierung von Berlin nach Kaliningrad über die Ostbahn (über Kostrzyn) einzusetzen. Das Europäische Projekt „Rail Baltica“ (Bau einer Schnellfahrstrecke von Berlin über Tallinn nach Helsinki) soll als „Transeuropäischer Korridor des Friedens“ auch über eine Anbindung nach St. Petersburg verfügen.

- **sich zu engagieren, dass Deutschland innerhalb der NATO eine Vorbildrolle einnimmt.** Die NATO muss reformiert werden. So wie die NATO heute aufgestellt ist, ist sie auf Dauer nicht haltbar. Deutschland muss sich aktiv und konstruktiv am Strategieprozess zur Neuaufstellung der Nato beteiligen, der nach den Äußerungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur „hirtoten NATO“ begonnen worden ist. Dabei geht es durch den Aufbau bzw. Stärkung von europäischen Pfeilern darum, die Nato aus der bisherigen US-Dominanz zu befreien, so dass sie sich mehr für Friedens- und Sicherheitspolitik engagieren kann. In diesem Sinne muss der Dialog insbesondere mit den USA aber auch mit der Türkei neu gestartet und intensiviert werden. Ziel muss es sein, dass insbesondere die USA wieder als verlässlicher Vertragspartner in die Nato und auch in die UN zurückkehrt und Abrüstungsinitiativen zuverlässig mitträgt. Dafür ist der enge Schulterschluss mit den europäischen Partnern innerhalb der NATO, gerade auch mit den Staaten Ost- und Mitteleuropas, wichtig, denn es darf nicht sein, dass die USA eigenmächtig Truppenstationierung und Stationierung von Nuklearwaffen und anderer strategischer Waffensysteme auf dem Territorium einzelner NATO Mitgliedsstaaten, wie z.B. Polen anstrebt ohne, dass das mit der NATO im Einklang steht und sogar die Missachtung der NATO-Russland-Grundakte von 1997 bedeuten würde.

Begründung:

Ganz im Geist von Egon Bahr und Willy Brand muss die deutsche Sozialdemokratie wieder die politische Kraft sein, die sich für eine neue und zukunftsfähige Friedens- und Sicherheitspolitik einsetzt, Dazu ist eine neue Sicherheits- und Entspannungskonzeption zu entwickeln, die den neuen Interessenskonflikten zwischen den Großmächten nach der Wende, der globalisierten Wirtschaftsstrukturen, der Digitalisierung und der Auswirkungen des Klimawandels Rechnung trägt. Dabei ist die Rolle der Nato im Verhältnis zur Europäischen Union kritisch neu zu bewerten. In diesem Sinn werden die neuen Akzente der SPD-Doppelspitze und des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag in der Sicherheits- und Entspannungspolitik von uns ausdrücklich begrüßt.